

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drohschiff: Tageblatt Riesa.
Bemerkung Nr. 20.

Postleitzahl: Leipzig 21364.
Straße Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 25.

Freitag, 31. Januar 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 17 Uhr mit Ausnahme der Sonne und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranzeigung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierfach täglich 3.90 Mark, monatlich 1.20 Mark. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetermines sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im vorauß zu bezahlen; eine Genüge für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 43 von drei Heftungsstellen (7 Seiten) 20 Pf. Druckpreis 25 Pf.; zitronenbader und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Jede Tafel. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Eröffnungsort: Riesa. Verzehrtägliche Unterhaltungsszeitung „Städte an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Ueberanten oder der Versicherungsanstaltungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Uebertragung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Meiningostoffen-Gemüse-Karottensortiment mit der Kontrollnummer 8 aus der Themenfabrik G. Merck in Darmstadt ist wegen Abschwächung zur Einziehung bestimmt worden.

Dresden, am 29. Januar 1919. 1080

Ministerium des Innern.

Kartoffelverförderung bei Heraushebung der Kartoffeleration.

Mit Rücksicht auf die von dem Herrn Staatssekretär des Kriegsministeriums vom 3. Februar 1919 ab angeordnete Heraushebung der Kartoffeleration wird für den Bezirk des Kommunalverbands Großenhain einfalls der revidierten Städte Großenhain und Riesa mit Wirkung ab 3. Februar folgendes bestimmt:

1. Selbstversorger dürfen nur Beköstigung für sich und die Angehörigen ihrer Wirtschaft einschl. des Geländes, sowie der Naturalversorger, insbesondere Alttenteller und Arbeiter, die Kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Anspruch auf Kartoffeln haben, auf den Kopf und Tag statt seither 1 Pf. Pfund nur noch 1 Pfund, also auf die Woche 7 Pf. verwenden.

2. Die Kartoffeleration der über 4 Jahre alten versorgungsberechtigten Personen wird von seither 7 Pf. an 5 Pf. auf den Kopf und die Woche herabgesetzt, während es bei der seitherigen Nation der unter 4 Jahre alten Kinder in Höhe von 3 Pf. verbleibt.

Es dürfen demnach alle versorgungsberechtigten Personen ohne Unterschied des Alters nur noch 5 Pf. Kartoffeln auf den Kopf und die Woche verbrauchen.

Die Abschnitte der blauen Wochenkartoffelkarte, sowie der Militärkartoffelkarten und der auf 7 Pf. Kartoffeln lautenden Militär-Wochenlaubkarten sind vom 3. Februar ab statt mit 7 nur noch mit 5 Pf. Kartoffeln zu beliefern.

Dienstlichen Personen, die die Kartoffeln auf Landeskartoffelkarte bezogen haben, haben ihren Verbrauch vom 3. Februar ab ebenfalls auf 5 Pf. pro Kopf und Woche zu befranken.

Auf die jetzt auf 5 Pf. — 125 gr lautenden Abschnitte der Gasthauskartoffelkarte dürfen nur noch 90 gr Kartoffeln abgegeben werden.

a) bei den Selbstversorgern 98 Pf., auf den Kopf,

b) bei den über 4 Jahre alten versorgungsberechtigten mit Landeskartoffelkarten eingedeckten Personen 50 Pf. auf den Kopf, werden hiermit auf Anordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums — Landeskartoffelfest — zu Dresden für entgeltet erklärt.

Die Abgabepflichtigen haben die abzuhaltenden Mengen auf jederzeitigen Abruf bereit zu halten.

Bei Verweigerung der Abgabe müßte auf die zwangsweise Abnahme der Kartoffeln angekommen werden, in welchem Falle sich der Nebenkennpreis um 3 Mark für den Betrieb erhöhen würde.

Weigerungsgründe, wie vorzeitiger Verbrauch, übermäßiges Verbergen usw., entbinden nicht von der Ablieferungspflicht.

Wegen der Durchführung der Enteignung und Abnahme der Kartoffeln ergehen an die Gemeinden noch weitere Bestimmungen.

IV. Die der vorstehenden Bekanntmachung entgegenstehenden Bestimmungen der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1918 werden aufgehoben.

V. Zuwidderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden gemäß § 182 XIV der Bekanntmachung des Kommunalverbands Großenhain vom 29. Oktober 1918 bestraft.

Großenhain, am 30. Januar 1919.

103 a II. Die Amtshauptmannschaft.

Butter betr.

Der Buchstabe B der Speisefettkarte, gültig vom 3. 2. — 9. 2. 1919 darf mit einem

Vertliches und Sachliches.

Riesa, den 31. Januar 1919.

* Die Deutsche demokratische Partei hielt gestern abend im "Stern" eine öffentliche Veransammlung ab, in der Herr Victor Kruse, Weizsäcker, über "Aufforderungen in der sächsischen Volkskammer" sprach. Die künftige Regierung müsse herausstellen und ihre Kraft ziehen aus dem Willen des gesamten Volkes. Durch Freiheit wollten wir Ordnung schaffen. Freiheit heißt Freiheit nicht Willkürfreiheit, sondern sie ist ihr gehören das Verwaltungsfreiheit der Staaten. So sollte auch die Regierung in Sachsen geschaffen werden. Nur Deutsches Reich müsse darin seine Kraft entfalten, daß jeder Stammstaat seine Eigenart entfalte. Auch die Deutsche demokratische Partei wolle die sächsische Eigenart entfalten und die sächsischen Interessen wahren. Besonders Aufgaben habe Sachsen als Grenzland und als Industrieland. Redner sprach besonders über die inneren Bindungen, die festgehalten werden müßten, um unserem engeren Vaterland die Zukunft zu sichern. Er wandte sich zunächst dem Beamtenstand zu. Es müsse ein Kennzeichen des Beamtenstandes sein, daß er das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für das Wohl des Hauses auch im Inneren trage. Die Beamten müßten sich als die Verwalter des Staates, als diejenigen fühlen, die dem Gemeinschaften dienen wollen. Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit sei aber auch notwendig in den Kreisen der schaffenden Stände. Der Landwirt dürfe nicht nur dem Gedanken leben, daß er auf seiner Scholle tun und lassen könne, was er will. Der Einzelne dürfe nicht bloß immer fragen, welches Produkt bringt den meisten Gewinn, sondern welches Produkt ist für die Volksernährung gerade das nützlichste und notwendigste. Die Deutsche demokratische Partei sei der Meinung, daß wir Handwerk und Kleinhandel in der Zukunft nötig haben. Aber auch hier müsse das Verantwortungsgefühl sich geltend machen in der Frage, ob der Einzelne mit seiner Arbeit und seinem Geschäft der Allgemeinheit diene. Das Verantwortungsbewußtsein müsse uns auch befehlen gegenüber den großen Volksfragen. Wenn die Arbeiterschaft einen großen Prozenzatz unseres Volles ausmache, dann müßten wir berücksichtigen, sie dem Volkgang anzugliedern und die Gegenkräfte zu mildern, an denen unser Volksteil so sehr frage. Über auch die Arbeiterschaft müsse von dem Bewußtsein der Verantwortung durchdrungen sein. Die wilden Streits müßten aufhören und es dürfe auch nicht geglaubt werden, daß allein Mangel durch die Sozialist-

rung ein Ende gemacht werde. Dem Unternehmer liege die Pflicht ob, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft allmählich mit hineinwächst in die Verantwortung. Die Arbeiterschaft müsse mit herangesogen werden zur Leitung, damit sie einen Einblick gewinne und sehe, wie es auch oft darauf ankommt, Schwierigkeiten zu leisten. Der Arbeiter müsse aus dem Kaiserstein herausgehoben werden, in dem keine Freiheitsfreude gebe. Hier müsse die Boden- und Wohnungsreform eingesetzen. Die Mithilfe der Frauen werde sich in der Jugend- und Kinderspflege und im Kampf gegen Unzucht und Alkoholismus betätigen müssen. Die Schule werde vor ganz neuen Aufgaben gestellt werden. Das Verantwortungsgefühl müsse bereits in den Herzen der Kinder wachgerufen werden. Es werde nicht nur Ausgabe sein, ihnen Kenntnisse zu vermitteln, sondern in ihnen auch den Gedanken anzurufen, sich einst im Leben der Allgemeinheit einzufügen und einzuleben. Ein Helfer im Kampf gegen Capitalismus und Selbstsucht sei die Religion. Die Trennung von Kirche und Staat, eine Frage, die insbesondere von der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei parteipolitisch sehr ausgenutzt worden sei, werde kommen und nicht längstig gemacht werden. Sie liege auf der Linie der Entzivilisierung. Sie müsse erfolgen, schon um den Staat willen. Gleichzeitig, daß die Sozialdemokratie, wenn sie die Mehrheit erlangte, die Trennung im kirchlichen Sinne durchführen, aber vielleicht auch, daß die Sozialdemokratie sich an den Grundbegriff hält, Religion ist Privatsache. Auch das würde aber nicht dem entsprechen, was die Deutsche demokratische Partei wolle. Die Trennung dürfe nicht, wie in Amerika, zum Sittenverfall führen. Es sei vielmehr zu wünschen, daß die Kirche als deutsches Volksthum fortlebe. Und die Volksthum könne erhalten werden, wenn die Trennung in gerechter Weise erfolge. Freiheit müßten die Kinder schon in die Volkstumswissenschaften. Dazu sei die Möglichkeit gegeben, da die Lehrerschaft noch auf dem Standpunkt der Bismarck'schen Theorie steht, und bereit sei, den Kindern die religiös-sittlichen Wahrheiten zu übermitteln und sie einzuführen in die Religion Jesu. Nur der Katechismusunterricht wolle sie nicht geben. Damit müsse sich die Kirche abstimmen. Sie müsse eben den Unterricht, der in die Glaubenswahrheiten hineinführt, selbst übernehmen. Der kirchliche Unterricht werde zwar Schwierigkeiten begegnen, aber wenn der Unterricht in einzelnen Städten verfügt werde, so würde er dadurch nicht entwertet. Wichtig sei, daß der Religionsunterricht aus freier Überzeugung heraus erichtet werde und nicht gezwungensermachen. Es sei daher nicht

richtig, wenn den christlichen Eltern immer schon bang gemacht werde vor dem künftigen Religionsunterricht. Man sollte mit Vertrauen an das herangehen, was die Bevölkerung bietet und auch zu dem christlichen Geiste das Vertrauen haben, daß er hinüberwirken werde aus der Kirche in die Schule. Und das dürfte man erhoffen, daß, wenn die Kirche für ihre Bedürfnisse selbst mehr jagen, wenn sie das Los ihres armen Volles mehr mittragen möchte, sie mehr Vertrauen, mehr Achtung bei ihren Mitmenschen gewinnen werde. Redner schloß mit der Aufforderung zu reger Wahlteilnahme am Sonntag, damit die sächsische Volkskammer eine zukunftsweisende erachte, die nicht nur die Freiheit wolle, sondern sich auch der Verantwortung bewußt sei. Eine Aussprache stand nicht statt. Die Versammlung war sehr schwach besucht.

* Reifeprüfung und Entlassungsfeier im Realgymnasium mit Realsschule. Außerdem in der Zeit vom 14. bis 20. Januar die schriftlichen Arbeiten getestet waren, wurde am 27. und 28. die mündliche Prüfung unter dem Vorsteher des zum Nominierten Direktors der Akademie abgehalten. Folgende Senioren wurden erzielt: Im Betragen erzielten alle die 1. Von den 14 Prüflingen der 1. Realklasse erzielten in Wissenschaften: Zweit 1 b, zweit 2 a, vier 2 b, zweit 3 a, zweit 3 b; im Realgymnasium: zweit 2, zweit 2 b, zweit 3 a. Von sämtlichen Abiturienten werden 7 in die Obersekunda der sich von Osterm entwickelnden Oberrealschule eintreten. Die feierliche Entlassung der Reifeprüfung fand heute um 10 Uhr statt. Nach dem Gesang des Liedes: Bis hierher hat mich Gott gebracht sprach Herr Prof. Holzschu das Gebet. Hierauf erklang der Bach'sche Choral: Befehl du deine Wege. Dann riefte Herr Prof. Grobel in langer Rede heraldische Worte an die Abgeordneten. Erinnernd an das Osterm 1813, in welchem vierzehn der Abgeordneten in die unterste Klasse der Schule eintraten, das tolze Jahr der Gentenarbeiter, der Erhebung des preußischen Volkes gegen die Napoleonische Fremdherrschaft, berührte er einleitend die Ereignisse der vier Kriegsjahre. Er bezeichnete es als die Aufgabe der Abgeordneten, in den neuen Freien Staat hinzutunwachsen, der sich über den Trümmer des deutschen Kaiserreichs erhoben hat, und ihm gegenüber als Gebildete, die von ihnen geforderten sozialen Pflichten zu erfüllen. Redner verbreitete sich dann über das Wesen der Bildung. Auf die Bildung eines selbstständigen Urteils kommt es zunächst an. Höher aber als selbstständiges Urteil steht richtiges Handeln. Bildung ist Freiheit, darum ist Bildung auch Macht; denn nicht der Sklave regiert die Welt, sondern der Freie. Wer aber herrschen will, muß auch zu diesem verhelfen. Wahre Bildung führt zu innerer

Vierte Stückchen Butter beliebt werden. Brotmarken dürfen voll mit Butter oder mit der gleichen Menge Margarine beliebt werden.

Die Milchliebhaber dürfen auf den Kopf der von ihnen zu beliebenden Personen 100 Gramm verwenden, alle übrige Butter ist von ihnen an die zuständige örtliche Sammelstelle abzuliefern.

Zuwidderhandlungen werden nach Punkt 2 der Bekanntmachung vom 1. November 1917 bestraft.

Großenhain, am 30. Januar 1919. 201 d IV.

Der Kommunalverband.

Kohlenabgabe im Monat Februar.

Da infolge zu geringer Kohleneingänge die Belieferung der Kohlenkarten-Abschnitte auf Monat Januar bisher leider nur in einem kleinen Teile möglich gewesen ist, kann im Monat Februar zunächst nur die Nachlieferung auf die bisher noch nicht belieferten Abschnitte der Kohlengrund-, Gewerbe- und Untermieterkarten auf Monat Januar gestaltet werden. Hierbei wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Kohlengrundkarte nicht mit 4, sondern nur mit 3 Gr. beliebt werden darf.

Von den Kohlenkarten-Abschnitten auf Monat Februar darf zunächst nur die Gesamtkarte beliebt werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Januar 1919. 201 d IV.

Gem.

Brotmarken - Ausgabe.

Die Brotmarken auf die nächsten 4 Wochen werden Montag, den 3. Februar 1919, vormittags von 8 bis mittags 12 Uhr in den bekannten Ausgabestellen ausgegeben.

Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der Brotausweismarken.

Riesa, den 30. Januar 1919.

Der Rat der Stadt Riesa.

In Nachgehung einer Anordnung der Kreishauptmannschaft zu Dresden, Einschränkung des Lichtverbrauchs betreffend, wird hiermit bestimmt, daß vom 3. Februar 1919 ab in Gröba

a. alle offenen Ladengeschäfte, in denen Gas oder elektrischer Strom zu Leuchtzwecken verwendet wird, an allen Tagen der Woche spätestens abends 6 Uhr zu schließen sind und
b. die Benutzung von Gasöfen und elektrischen Heizöfen zur Beheizung zu unterbleiben hat.

Zuwidderhandlungen werden auf Grund der bestehenden Bestimmungen streng bestraft.

Gröba, Elbe, am 31. Januar 1919. Der Gemeindevorstand.

Staats- und Gemeinde-Grundsteuer.

Nach den Bestimmungen der bislangen Gemeindeverordnung wird am 1. Februar zugleich mit dem 1. Termin Staatsgrundsteuer der 1. Termin der Gemeinde-, Schul- und Kirchengrundsteuer fällig. Da der Haushaltplan noch nicht endgültig festgestellt ist, kann der Steuerzoll für je 1000 M. Grundstückswert für die eingeladenen Rahmen noch nicht festgelegt werden. Für die drei Rahmen wird deshalb am 1. Februar auf je 1000 M. Grundstückswert ein Steuerbetrag von — M. 80 Pf. erhoben. Der sich unter Zugrundelegung der Grundstück-Wertfestsetzung berechnende Steuerbetrag, sowie der 1. Termin Staatsgrundsteuer, ist

binnen 14 Tagen

an unsern Steuerklassen abzuhüben.

Die Feststellung des Steuerzahls wird später bekannt gegeben, die endgültige Verrechnung erfolgt mit dem 2. Termin am 1. August 1919.

Gröba, Elbe, am 30. Januar 1919. Der Gemeindevorstand.

Brotkarten und Fleischkontrollkarten werden Sonnabend, den 1. Februar, von 5 bis 7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen ausgegeben. Die Abholungszeiten sind genau einzuhalten.

Weida, den 31. Januar 1919. Der Gemeindevorstand.

Wirkung, zur Gemeinschaft gegen anzutreten. Die Wirkung der Gewalt ist zu erzielen, die Bildung weiterzugeben. Aus der Gewalt geht der Sieger, wie der hohe Adel im 1. Jahrhundert unter Rom allein im Kampf der Bildung war, wie es das andere Mal erneut und dieser das Bürgeramt. Das Nationalsozialismus ist bei dieser Entwicklung immer der Sieger durch den Ertrag des seiner Stadt entgegenen. Seine Bildung liegt dem britischen Staat die Wirkung auf den vierten Stand zu erzielen. Der Sieger erwies sich zum Sieg, doch die soziale Krise nicht wieder aus dem Bereich der Menschen hinauswerden, vielleicht noch den Einkeln hinaus neue Fragen mit auf den Tisch geschenkt werden, und legte den Abgebenden beispielhaft hier, durch Erfüllung der sozialen Pflichten, insbesondere der christlichen Fleißtätigkeit unterm Auslaufen Wunderschönen Vaterland wieder emporzuheben. Nach der Ansprache händigte der Direktor, Herr Studienrat Prof. Dr. Göhl, unter herzlichen Worten den Studenten die Abschlusszeugnisse ein, damit aus würdige für die reiche Weise, die auch diekmal, wie in früheren Jahren, die Abschließenden der Schule zu einem zweiten überreicht haben, und nach Wendelschön Comptoir schloß die Feier.

* Nun ist Abend. Aus dem heutigen Interessentenkreis erscheint unsere Sefer die vollständige Ausgabe des am nächsten Donnerstag stattfindenden Buntens Abends Dr. Gelbeis. Rufen Wollans- und Instrumentalisten vom anerkennenden Käste dichter besonders die Vorstandssänger aus der Schule Madora Duncan-Wolfs, Gräfin Maria Thiersch, lebhaftes Interesse erwecken. Fränklein Thiersch kann in vielen Großstädten mit Aufsehen erregendem Erfolge.

* Kirchliche Forderungen an die Reichsversammlung. In den Inhalten der für das Deutsche Reich ausschließenden neuen Verfassung hat das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium in Dresden zu der im vorliegenden Maße unbefriedigten Wahrung der Interessen der evangelischen und im Einvernehmen mit dem Synodalauftakt folgende Forderungen erhoben: 1. Jeder Reichseinwohner wird Gewissensfreiheit gewährleistet. 2. Den evangelischen Kirchen im Deutschen Reich und ihren Angehörigen wird die freie und öffentliche Religionsausübung gewährleistet. 3. Die evangelischen Kirchen im Deutschen Reich und ihre Gemeinden genießen die Rechte der Rechtlichen Rechtsverkörperung mit dem Rechte der Selbstverwaltung und der Belehrung ihrer Mitglieder. 4. Die Freiheit des Sonntags und der kirchlichen Feiertage, die ungehört Ausübung des Gottesdienstes und die kirchlichen Friedhöfe genießen den staatlichen Schutz des Staates. 5. Den Angehörigen der evangelischen Kirchen wird die religiöse Kindererziehung in ihrem Gedenktag gewährleistet. Die theologischen Fakultäten an den Universitäten sind zur Ausbildung der evangelischen Geistlichen aufrecht zu erhalten. 6. Alle Stiftungen stehen unter dem besonderen Schutz des Staates und das Vermögen wie das Einkommen derselben darf weder zum Staatsvermögen noch zu anderen als den kirchlichen Zwecken verwendet werden. 7. Die evangelischen Kirchen im Deutschen Reich haben das Recht der Verbindung untereinander. Diese Forderungen sind nach Auffassung des Nationalsozialistischen Kirchenausschusses zugegangen.

* Wie müssen die Stimmzettel für die Volkskammerwahlen aussiehen? Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit seinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 mal 12 Zentimeter groß und von mitteldarlem Schreibpapier sein. Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein. Es ist aber nicht erlaubt und durchaus nicht wünschenswert, daß es viel Namen aus den Stimmzettel geschrieben werden, als Abgeordnete zu wählen sind, daß also der ganze Wahlvorschlag abgedreht wird, vielmehr genügen auch wenige Namen, ja sogar ein einziger. Wenn auch durch einen Fehler, der zwischen Wahlvorschlag man stimmt, und daran allein kommt es an, ungültig wird ein Stimmzettel, sobald Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen darauf stehen oder nur solche, die in keinem Wahlvorschlag vorkommen; denn für einen bestimmten Wahlvorschlag muß sich jeder Wähler entscheiden. Es wird davon gewarnt, durch einen Zusatz etwa die Partei zu bezeichnen, der bei Stimmzettel zugerechnet werden soll, wenn eine solche Bezeichnung vielleicht von der Wahlprüfungskommission als ein unzulässiges Kennzeichen angesehen werden und daher zur Ungültigkeit des Stimmzettels führen könnte. Am besten bestätigt sich der Wähler darauf, den ersten oder einige wenige Namen eines bestimmten Wahlvorschlags ohne jeden Zusatz auf seinen Stimmzettel zu setzen. Wenn vorgebrachte Stimmzettel der Parteien sämtliche Namen der Vorschlagsliste enthalten, so ist die Wahl unbedeutender Wahlschäften größer, als wenn der gebrauchte Stimmzettel wenig Namen enthält. Es können zum Beispiel von bündigen Gegnern Stimmzettel verteilt werden, die mit einem Wahlvorschlag gleichlautend beginnen, unter den vielen Namen aber einen Namen aus einem anderen Wahlvorschlag enthalten. Das kann von dem Wähler leicht übersehen werden, bei der Prüfung der Stimmzettel aber deren Ungültigkeit zur Folge haben. Diese Gefahr ist bei den Volkskammerwahlen noch wesentlich größer als bei den Wahlen zur Nationalversammlung, weil in dem einzelnen Wahlkreis für die Volkskammer bedeutend mehr Abgeordnete zu wählen sind als für die Nationalversammlung. Infolgedessen ist es viel schwieriger zu übersehen, ob auf einem vorgebrachten Stimmzettel unter den vielen Namen ein falscher Name aus einem anderen Wahlvorschlag enthalten ist. Außerdem ist die Ermittlung der Wahlergebnisse bei den Volkskammern viel umständlicher und zeitraubender, wenn die Stimmzettel die Namen sämtlicher Kandidaten der Vorschlagsliste enthalten, weil nach den gesetzlichen Vorschriften vom Wahlvorsichter jeder Stimmzettel vorgetragen werden muss. Werden trotz allerdem vorgebrachte Stimmzettel benutzt, die die Namen sämtlicher Kandidaten der Vorschlagsliste enthalten, so wird den Wählern dringend empfohlen, sämtliche Namen mit Ausnahme eines einzigen — um besten Fall — zu durchstreichen. Das ist ohne weiteres zulässig und beruft die Gültigkeit des Stimmzettels nicht; andererseits wird aber die gefälschte Gefahr höchstwahrscheinlich verhindert und dem Wahlvorsichter die Arbeit wesentlich erleichtert, da er dann nur den einen nicht durchgestrichenen Namen vorzulegen braucht.

* Die armen Werde! Wie oft erwidert nicht dieser Ruf des Mitteils, wenn man auf der Straße steht, das die Werde sich vergebend bemüht, eine Last zu ziehen. Man bedauert sie dann wegen des geringen Quantums Futter, das sie leider jetzt bekommen, und mit vollem Riedl. Allein, das es nicht allein am Hauer liegt, wenn Werde trotz der mangelhaften Ernährung noch leidlich rächt sein können, dafür hat man im Ministerium für Militärsachen interessante Beweise. Es hat sich nämlich gezeigt, daß überall dort, wo die Werde gut gepflegt, gut in Ordnung und nach Möglichkeit laufen gehalten werden, sie selbst bei mangelhafter Ernährung weit leistungsfähiger sind als anderes. Ein neuer Beweis für die Notwendigkeit, alle Kreise, sowohl sie mit Werden zu tun haben, darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht mehr mit Werde auf sein können, das steht

noch nicht, mein Völker unter der allgemeinen Einfluss an der Arbeit und zivilem Leben am allgemeinen Leben zu lassen.

* Auf Einberufung der Wohnungsnat wird in immer höherem Maße und das Ministerium für Militärsachen hofft, indem es möglichst den totalen verdeckten Friedensdienstes, das Herrscher die vorhandenen und noch im Vor befindlichen Ressourcen in einem erheblichen Teile den Gemeinden überlassen wird. Diese werden dann Wohnungen daraus machen über militärische Gründung, die jetzt noch in Wohnungen für befinden, darin unterbringend. Die Gemeinden haben dann, so will es eine Verfügung des Ministeriums für Militärsachen, eine Mietabgabe für die so genannten Räume an die Militärbehörden. Die Verfügung bestimmt ferner, daß alle an die Stadtbewohner vermieteten Räume sofort zurückgegeben werden, wenn ein Bedürftiger zu ihrer Weitervermietung nicht mehr verfügt. Auf diese Weise werden viele Wohnungslosen untergebracht werden können und zwar schneller, als es erst nach Errichtung neuer Wohnungen möglich wäre.

* Die Wendenfrage. Innerhalb der ländlichen Bevölkerung wird der bedrohlich gewordene Wendenfrage neuvergängt in höchstem Maße Aufmerksamkeit gewidmet. Man ist gern bereit, die berechtigten Wünsche der Wenden zu erfüllen, steht aber auf dem Standpunkte, daß die Wendenfrage keinesfalls eine internationale, sondern eine ausschließlich innerdeutsche Angelegenheit ist. So ist in den nächsten Tagen eine Erklärung der Reichsregierung zu erwarten, in der sie ihre Stellung zur Wendenfrage eingehend darlegen und begründen wird.

* Wollstamme wählen. Es wird darauf ausreichend gemacht, daß für die Sonntags, den 2. Februar 1919 stattfindenden Wahlen aus lädt. Wollstamme der Schluss der Wahlzeit nicht wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung auf 8 Uhr, sondern bereits auf 7 Uhr abends festgesetzt werden.

* Dresden. Nach eingehenden und umfangreichen Erörterungen ist es gelungen, die Mörder des Landwirts Schob in den beiden Soldaten Paul Pehold aus Kamen und Thomas Poppe aus Sonderland zu ermitteln und festzunehmen. Die Mörder hatten sich schon vor längerer Zeit von ihren Truppenteilen entfernt und seitdem sich unangewendet unter falschen Namen in Dresden auf. Die Tat haben sie bereits am 14. dieses Monats zwischen 9 und 10 Uhr abends verübt. Sie hatten Schob, der auch mit fragwürdigen Personen die verschiedenartigsten Kontaktabschlüsse abschließen pflegte, vorgezeigt, sie wohnten in Döbeln und kamen dort mit ihm ein Gespräch machen, an dem er 300 Mark verdienten würde. Schob kannte ihnen Glauben und begab sich abends mit ihnen nach Döbeln. Dort bereitete sie ihm, der Wollstamme wegen nicht die Strafe, sondern einen Gehweg zu bestrafen. Schob folgte diesem Vorschlag und wurde dann in der Nähe des Auffindungsortes von beiden gemeinschaftlich überfallen, erbrochen und verprügelt. Beide teilten sofort das erlangte Geld und die Kleider und begaben sich nach Dresden. Am nächsten Tage ging es mit dem erzielten Gelde zum Tanzvergnügen, wo sie auch einen erheblichen Betrag in Weinlagen verbrauchten. Das die polizeilichen Erörterungen so schnell auf die richtige Spur geleitet werden konnten, ist vor allem dem Umstand zu verdanken, daß der Erkennungsdienst der Polizeidirektion Dresden die von dem damals noch unbekannten Toten genommenen Fingerabdrücke schon wenige Minuten nach Einlieferung als die des Landwirts Schob feststellte.

* Leipzig. Die Leipziger Schuhleute, Ratsbeamten und Feuerwehrleute sind zur Aufbesserung ihrer Gehälter in eine Wohnbewegung eingetreten und haben folgende Mindestsätze aufgestellt: Polizeibeamten monatlich 340 Mark, Schuhleute und Feuerwehrleute 380 Mark, Oberwachmeister 380 Mark und Inspektoren 400 Mark. Der Rat hat eine wohlwollende Beschriftigung der Forderungen ausgefragt. — Die Bergleute des Obersächsischen Braunkohlenwerkes bei Leipzig sind, der "Leipziger Abendzeitung" zufolge, am Mittwoch in den Streik getreten, da ihnen eine geforderte einmalige Teuerungszulage nicht bewilligt wurde.

Die Offiziersfrage in Riesa.

Vom Offizierskorps der Garnison Riesa wird uns geschrieben:

Um dem Blabtreiben einer falschen Aussöhnung vorzubeugen, bitten wir um Veröffentlichung folgender Erklärung zu dem Artikel des Arbeiter- und Soldatenrates in der gestrigen Überausgabe des Riesaer Tageblatts:

Die vom Riesaer Volksausschuss formulierte Erklärung hatte im Wesentlichen — sinngemäß genau, wörtlich ungefähr folgenden Inhalt:

1. Ich erkläre hiermit, daß ich auf dem Boden des sozialistischen Staates steht und nichts unternehmen werde, was eine Gegenströmung herbeiführen oder auch nur befürchten könne.

2. Der Volksausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates ist die höchste Instanz der Stadt Riesa und Vorsteher sämtlicher Offiziere ohne Unterschied des Ranges.

3. Die Soldatenräte sind in seinem Fall den Offizieren unterstellt, die ohne jener (der Soldatenräte) Genehmigung keinerlei Anordnungen treffen können."

Wenn auch der Volksausschuss auf Rücksicht erklärte, Punkt 1 bezieht sich nur auf den Dienst und Punkt 3 bedeutet Gleichstellung von Soldatenräten und Offizieren, so vermeidete er zunächst, den Text dahin zu korrigieren, weil er schon "sinnmäßig entgegengestellt sei", daß er das Wort "revolutionär" gestrichen habe.

Hatten nur einige wenige Offiziere, um Siedlungen im Dienstbetrieb zu vermeiden, zunächst mit dem Vorbehalt, ihre Unterstufe jederzeit zurückziehen zu können, diese gefolgt, so wurde in der ersten Volksversammlung des Garnison-Offizierskorps die Verneinung der Unterschafft einstimig beschlossen, weil sie unvereinbar mit der freien, politischen Überzeugung und der militärischen Ausübung sowohl wie den Berufsinnteressen der Offiziere sei. Es bleibt hiernach folgender Sachverhalt nach wie vor klar und klar:

Weil das Offizierskorps sich weigerte, die vom Riesaer Volksausschuss unter Trohung der zu erwartenden Dienstentlassung geforderte Unterstufe zu leisten, sondern die vom Ministerium für Militärsachen herausgegebene unterschafft will, deswegen sollte sämtlichen Offizieren der Abschied erlaubt werden und alle, die ihre Familie nicht am Ort hatten, — zum großen Teil langjährige Bürger Riesa —, würden über jedes Recht und Gesetz aus der Stadt ausgewiesen.

Das ist die Gerechtigkeit, deren sich der Arbeiter- und Soldatenrat Riesa öffentlich röhmt, gegen Angehörige des deutschen Offizierskorps, das neben den sozialistisch oft und laut genug betonten Verfehlungen und Schwächen einzelner schließlich auch noch die belag in vier langen blutigen Jahren die Heimat in äußerster Misserfüllung zu schaffen, was 89 vom Hundert mit dem Tod vor der Feinde befeigelt haben.

Ob dieses Offizierskorps willens sein mag, die zusammengehörige Heimat noch mit Gegenrevolutionen oder gar Bürgerkrieg vollends zu vernichten, wie der Arbeiter- und Soldatenrat noch immer befürchtet, überlassen wir dem Urteil jeder Einsichtigen.

Wohlfahrtsanstaltungen in den Kohlengruben der "A.-G." Bergbau-A.-G.

Eine aus Vertretern des Rates, des Stadtbaurats, des Generalratsherrschafes, der Executive des verb. A.- und S.-Rates Groß-Dresden und der Gewerbeleuten bestehende Kommission bat in diesen Tagen die Kohlengruben der "A.-G." Bergbau-A.-G. besichtigt, um sich auf die, momentan sehr schlechten Wohnungen, die jetzt noch in Wohnungen für befinden, darin unterbringend. Die Gemeinden haben dann, so will es eine Verfügung des Ministeriums für Militärsachen, eine Mietabgabe für die so genannten Räume an die Militärbehörden. Die Verfügung bestimmt ferner, daß alle an die Stadtbewohner vermieteten Räume sofort zurückgegeben werden, wenn ein Bedürftiger zu ihrer Weitervermietung nicht mehr verfügt. Auf diese Weise werden viele Wohnungslosen untergebracht werden können und zwar schneller, als es erst nach Errichtung neuer Wohnungen möglich wäre.

* Die Wendenfrage. Innerhalb der Wendenfrage wird der bedrohlich gewordene Wendenfrage neuvergängt in höchstem Maße Aufmerksamkeit gewidmet. Man ist gern bereit, die berechtigten Wünsche der Wenden zu erfüllen, steht aber auf dem Standpunkte, daß die Wendenfrage keinesfalls eine internationale, sondern eine ausschließlich innerdeutsche Angelegenheit ist. So ist in den nächsten Tagen eine Erklärung der Reichsregierung zu erwarten, in der sie ihre Stellung zur Wendenfrage eingehend darlegen und begründen wird.

* Wollstamme wählen. Es wird darauf ausreichend gemacht, daß für die Sonntags, den 2. Februar 1919 stattfindenden Wahlen aus lädt. Wollstamme der Schluss der Wahlzeit nicht wie bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung auf 8 Uhr, sondern bereits auf 7 Uhr abends festgesetzt werden.

* Dresden. Nach eingehenden und umfangreichen Erörterungen ist es gelungen, die Mörder des Landwirts Schob in den beiden Soldaten Paul Pehold aus Kamen und Thomas Poppe aus Sonderland zu ermitteln und festzunehmen. Die Mörder hatten sich schon vor längerer Zeit von ihren Truppenteilen entfernt und seitdem sich unangewendet unter falschen Namen in Dresden auf. Die Tat haben sie bereits am 14. dieses Monats zwischen 9 und 10 Uhr abends verübt. Sie hatten Schob, der auch mit fragwürdigen Personen die verschiedenartigsten Kontaktabschlüsse abschließen pflegte, vorgezeigt, sie wohnten in Döbeln und kamen dort mit ihm ein Gespräch machen, an dem er 300 Mark verdienten würde. Schob kannte ihnen Glauben und begab sich abends mit ihnen nach Döbeln. Dort bereitete sie ihm, der Wollstamme wegen nicht die Strafe, sondern einen Gehweg zu bestrafen. Schob folgte diesem Vorschlag und wurde dann in der Nähe des Auffindungsortes von beiden gemeinschaftlich überfallen, erbrochen und verprügelt. Beide teilten sofort das erlangte Geld und die Kleider und begaben sich nach Dresden. Am nächsten Tage ging es mit dem erzielten Gelde zum Tanzvergnügen, wo sie auch einen erheblichen Betrag in Weinlagen verbrauchten. Das die polizeilichen Erörterungen so schnell auf die richtige Spur geleitet werden konnten, ist vor allem dem Umstand zu verdanken, daß der Erkennungsdienst der Polizeidirektion Dresden die von dem damals noch unbekannten Toten genommenen Fingerabdrücke schon wenige Minuten nach Einlieferung als die des Landwirts Schob feststellte.

* Leipzig. Die Leipziger Schuhleute, Ratsbeamten und Feuerwehrleute sind zur Aufbesserung ihrer Gehälter in eine Wohnbewegung eingetreten und haben folgende Mindestsätze aufgestellt: Polizeibeamten monatlich 340 Mark, Schuhleute und Feuerwehrleute 380 Mark, Oberwachmeister 380 Mark und Inspektoren 400 Mark. Der Rat hat eine wohlwollende Beschriftigung der Forderungen ausgefragt. — Die Bergleute des Obersächsischen Braunkohlenwerkes bei Leipzig sind, der "Leipziger Abendzeitung" zufolge, am Mittwoch in den Streik getreten, da ihnen eine geforderte einmalige Teuerungszulage nicht bewilligt wurde.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Zustand der 2000 technischen Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn ist vorgestern, nachmittags durch einen Schiedsspruch des Berliner Einigungsgerichtes beendigt worden.

* Bereitsstellung neuen Kulturlandes. Im "Vorwärts" wird unter der Überschrift "Was jetzt getan werden muß, um rasch Brot zu schaffen" von Erwin Barth geschrieben: Es handelt sich um die schnellste Bereitsstellung neuen Kulturlandes in grohem Stile, um unserer Arbeit und Lebensbedingungen in den Kohlengruben in den Dienst der Kohlenförderung zu stellen, um der überaus großen Gefahr, die der Verbrennung infolge des gegenwärtigen Kohlenmangels droht, mit allen Kräften zu begegnen. Es ist den Behörden durch Reichsverordnung zur Pflicht gemacht worden, gegen Gewerbeleute mit Rauchverbote vorzugeben, die sich ohne Grund weigern, in den Kohlenbetrieben zu arbeiten. Durch Reichsverordnung vom 15. Januar ist ferner aber auch bestimmt worden, daß Verkehrsleute während ihrer Tätigkeit in den Gruben Familienzuläge gewährt werden können. Außerdem soll versucht werden, durch Einrichtung von Werkbuden den verkehrsreichen Arbeitern in sämtlichen Gruben ein Arbeitserlaubnis und Mitglied der Arbeiter- und Soldaten-Rates zur Verfügung.

* Bereitsstellung neuen Kulturlandes. Im "Vorwärts" wird unter der Überschrift "Was jetzt getan werden muß, um rasch Brot zu schaffen" von Erwin Barth geschrieben: Es handelt sich um die schnellste Bereitsstellung neuen Kulturlandes in grohem Stile, um unserer Arbeit und Lebensbedingungen in den Dienst der Kohlenförderung zu stellen, um der überaus großen Gefahr, die der Verbrennung infolge des gegenwärtigen Kohlenmangels droht, mit allen Kräften zu begegnen. Es ist den Behörden durch Reichsverordnung zur Pflicht gemacht worden, gegen Gewerbeleute mit Rauchverbote vorzugeben, die sich ohne Grund weigern, in den Kohlenbetrieben zu arbeiten. Durch Reichsverordnung vom 15. Januar ist ferner aber auch bestimmt worden, daß Verkehrsleute während ihrer Tätigkeit in den Gruben Familienzuläge gewährt werden können. Außerdem soll versucht werden, durch Einrichtung von Werkbuden den verkehrsreichen Arbeitern in sämtlichen Gruben ein Arbeitserlaubnis und Mitglied der Arbeiter- und Soldaten-Rates zur Verfügung.

* Bereitsstellung neuen Kulturlandes. Im "Vorwärts" wird unter der Überschrift "Was jetzt getan werden muß, um rasch Brot zu schaffen" von Erwin Barth geschrieben: Es handelt sich um die schnellste Bereitsstellung neuen Kulturlandes in grohem Stile, um unserer Arbeit und Lebensbedingungen in den Dienst der Kohlenförderung zu stellen, um der überaus großen Gefahr, die der Verbrennung infolge des gegenwärtigen Kohlenmangels droht, mit allen Kräften zu begegnen. Es ist den Behörden durch Reichsverordnung zur Pflicht gemacht worden, gegen Gewerbeleute mit Rauchverbote vorzugeben, die sich ohne Grund weigern, in den Kohlenbetrieben zu arbeiten. Durch Reichsverordnung vom 15. Januar ist ferner aber auch bestimmt worden, daß Verkehrsleute während ihrer Tätigkeit in den Gruben Familienzuläge gewährt werden können. Außerdem soll versucht werden, durch Einrichtung von Werkbuden den verkehrsreichen Arbeitern in sämtlichen Gruben ein Arbeitserlaubnis und Mitglied der Arbeiter- und Soldaten-Rates zur Verfügung.

* Bereitsstellung neuen Kulturlandes. Im "Vorwärts" wird unter der Überschrift "Was jetzt getan werden muß, um rasch Brot zu schaffen" von Erwin Barth geschrieben: Es handelt sich um die schnellste Bereitsstellung neuen Kulturlandes in grohem Stile, um unserer Arbeit und Lebensbedingungen in den Dienst der Kohlenförderung zu stellen, um der überaus großen Gefahr, die der Verbrennung infolge des gegenwärtigen Kohlenmangels droht, mit allen Kräften zu begegnen. Es ist den Behörden durch Reichsverordnung zur Pflicht gemacht worden, gegen Gewerbeleute mit Rauchverbote vorzugeben, die sich ohne Grund weigern, in den Kohlenbetrieben zu arbeiten. Durch Reichsverordnung vom 15. Januar ist ferner aber auch bestimmt worden, daß Verkehrsleute während ihrer Tätigkeit in den Gruben Familienzuläge gewährt werden können. Außerdem soll versucht werden, durch Einrichtung von Werkbuden den verkehrsreichen Arbeitern in sämtlichen Gruben ein Arbeitserlaubnis und Mitglied der Arbeiter- und Soldaten-Rates zur Verfügung.

* Bereitsstellung neuen Kulturlandes. Im "Vorwärts" wird unter der Überschrift "Was jetzt getan werden muß, um rasch Brot zu schaffen" von Erwin Barth geschrieben: Es handelt sich um die schnellste Bereitsstellung neuen Kulturlandes in grohem Stile, um unserer Arbeit und Lebensbedingungen in den Dienst der Kohlenförderung zu stellen, um der überaus großen Gefahr, die der Verbrennung infolge des gegenwärtigen Kohlenmangels droht, mit allen Kräften zu begegnen. Es ist den Behörden durch Reichsverordnung zur Pflicht gemacht worden, gegen Gewerbeleute mit Rauchverbote vorzugeben, die sich ohne Grund weigern, in den Kohlenbetrieben zu arbeiten. Durch Reichsverordnung vom 15. Januar ist ferner aber auch bestimmt worden, daß Verkehrsleute während ihrer Tätigkeit in den Gruben Familienzuläge gewährt werden können. Außerdem soll versucht werden, durch Einrichtung von Werkbuden den verkehrsreichen Arbeitern in sämtlichen Gruben ein Arbeitserlaubnis und Mitglied der Arbeiter- und Soldaten-Rates zur Verfügung.

* Bereitsstellung neuen Kulturlandes. Im "Vorwärts" wird unter der Überschrift "Was jetzt getan werden muß, um rasch Brot zu schaffen" von Erwin Barth geschrieben: Es handelt sich um die schnellste Bereitsstellung neuen Kulturlandes in grohem Stile, um unserer Arbeit und Lebensbedingungen in den Dienst der Kohlenförderung zu stellen, um der überaus großen Gefahr, die der Verbrennung infol

züglich politischen auftreten, um die von einigen Tagen erlassene Verordnung über die Besetzung der Kommunen- gewalt zu befehligen, durch die von der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion der Arbeiterräte gegen diesen von der U. S. V. D. ausgehenden Vorwurf Prost erhoben werden.

Eine kleine Tragödie.

(Paris.) "Echo de Paris" meldet aus Stockholm, daß Prost in einem Telegramm an die Truppen erklärte, daß das Knerdien der Alliierten, auf den Prinzipien zu einer Konferenz zusammenzukommen, ein Zeichen der Schwäche sei. Er forderte die Truppen auf, ihre Anstrengungen zur Friedensverhandlung der Welbourgeoisie zu verdoppeln.

Gedenktag des Völkerbundes.

* Herrn. Henderon erklärte einem Mitarbeiter der "Neuen Sozialen Zeitung", der Völkerbund könne nur auf Grund der Abschaffung der bestehenden Kolonialen und anderer Formen des Weltverkehrs errichtet werden. Nur so könnte der Gedanke einer freien Handelsunion auch gleichzeitig den berechtigten Interessen der Unternehmer wie der Arbeiter Rechnung tragen. Auf dem kolonialen Gebiet müsse allgemein die Politik der offenen Türe zur Geltung kommen. Jede Reizung eines Großmacht und jede Mithilfung der Regie einer kleinen Nation würden gegen die Grundsätze der Gleichheit und der Freiheit verstoßen, würde die Bildung eines Völkerbundes zu einer Koalition der Mächte führen, die mit der Zeit die Konflikte wie früher erzeugten. So würde gerade dadurch die Idee des Völkerbundes unmöglich gemacht werden.

Für die anlässlich unserer Vermählung dargebrachten schönen Geschenke und Glückwünsche sagen wir hierdurch unseres herzl. Dank.

Alfred Gößler u. Frau Anna geb. Biedroch.
Ragewitz 5. Seerhausen.

Die erst. Frau, welche am 26. 1. vor 12 Uhr in der Molkerei Wettinerstr. die 2 Militär-Urkunden, an sich genommen hat, wird um sofort. Rück. dorthinbefordert, ansonsten ich weit. Schritte unter-

Verloren wurde heute Freitag früh von Röderau Grundstücke, Kleiderstück, bis Landbrücken fahrt. Sachen. Zahl. sämtl. Ausweis-papiere u. Dok. Gegen gute Bel. bitte abgab. Röderau, Grundstr. 9. pt.

Medaille am 29. abends vom Kino Gröba nach Goethestr. verloren.

Gegen Belohnung abgab. Goethestr. 56. 3.

25 Mark Belohnung jahrt. Kinder. Ehepaar für Nachwelt einer Wohnung,

sof. ob. spät. in Rieba, Gröba oder Neusiedla. Preis 400 bis 550 M. Ang. u. ZE 1326 an das Tageblatt Rieba.

Herrlichkeit.

Wohnung

sofort oder später gefügt zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)

Offeraten unter X E 1323 an das Tageblatt Rieba erb.

Weltweit Suche finden
Wohnung

im Breite von 4-800 M.
für 1. April od. 1. Juli 1919.
Offeraten unter Y D 1296
an das Tageblatt Rieba erb.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter Y D 1296
an das Tageblatt Rieba erb.

Weltweit Suche finden
Wohnung

mit Stube, Küche u. Kammer
sof. ob. 1. April zu mieten erf.
Offeraten unter X E 1321
an das Tageblatt Rieba erb.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1322
an das Tageblatt Rieba erb.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1323
an das Tageblatt Rieba erb.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1324
an das Tageblatt Rieba erb.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1325
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1326
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1327
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1328
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1329
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1330
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1331
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1332
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1333
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1334
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1335
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1336
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1337
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1338
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1339
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1340
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1341
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1342
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1343
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1344
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1345
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1346
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1347
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1348
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1349
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1350
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1351
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1352
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1353
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1354
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1355
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1356
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1357
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1358
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1359
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1360
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

gefunden zum 1. 4. 19 (best. aus St. R. R. nebst Subs.)
in Gröba, Gröba ob. Neusiedla.
Offeraten unter X E 1361
an das Tageblatt Rieba.

Weltweit Suche finden
Wohnung

Donnerstag, den 6. Februar 1919, abends 7¹/₂ Uhr
im Hotel zum Stern, Riesa

Bunter Abend

Leitung: Dr. Gustav Adolph Seibel.

Aufzährende:

Das **Leipziger Vokalquartett**: Fräulein Martha Braunschweig, Sopran, Frau Elisabeth Gelbe, Alt, Herr Karl Sonne, Tenor, Herr Arno Gelbe, Bass. Fräulein Kläre Schmidt-Guthaus, Violinkünstlerin, Leipzig. Fräulein Käte Mohn, Pianistin, Oschatz.

Die **Barfußtänzerin** Fräulein Marga Thierfelder aus der Isadora Duncan-Schule, Paris.

Aus dem Reiche der Zauberkunst: Herr Ivan Bogdanowitsch, Berlin.

Im Programm u. a.: Ernste und lustige Lieder für Gesangnquartett, Ballade u. Polonaise v. Wientemps für Violine; pantomimisch-rythmische Ausdeutung klassischer und moderner Musik durch die Barfußtänzerin; spiritistische Wunder und telepathische Experimente mit nachfolgenden Erklärungen. — **Harmorbilder.**

Num. Saalplätze 4.—, 3.— und 2.— M., Seitenplätze 1.— M., Galerie 0.50 M. An der Abendkasse 50% Aufschlag. Vorverkauf in den Buchhandlungen Hoffmann und Reinhardt.

Die Deutsche Volkspartei

hat im ostböhmischen Wahlkreis

ohne Presse, ohne Organisation,

ohne die Riesensummen,

die den anderen Parteien zur Verfügung standen, lediglich durch
**die Werbekraft ihrer Ideen und
ihrer Persönlichkeiten**

fast 100000 Stimmen erzielt. Wo sie troh der Närze der Zeit mit den nichtsozialistischen Partei geworden. Sie erhielten Wählern in Fühlung treten konnte; ist sie die stärkste,

die Einzelheit: in Dresden 46813 Stimmen, in Freiberg 4561 Stimmen

■ Nationalpartei: 44764 2817

■ Sozialdemokratie: 30612 1862

Wähler, lasst Euch nicht verblüffen!

Der Deutschen Volkspartei gehört die Zukunft!
Wählt am 2. Februar die Blüherliste.



Ein älteres
noch brauch-
bares
Arbeitspferd

verkauft

Bennettsch. Zeithain.

Ein starker
Fuchs,

guter Vieher,
zu verkaufen

Biegelitz Jakobethal.

Eichenstämmme

Laut jeder Wölter

Ernst Taubenheim,

Kommunikat. Fernspr. 282.

200 jähr. Vorberaumungen

eine Tiroler Kloster-

mönches über den furchtbaren

Weltkrieg und über unsere

Auton. Friedeb. 1717.

Kuriosität!! Einzigartiges

Kriegsangeboten! 2 Exempl.

M. 1.10 und 4 Exempl. 2.— M.

(München, 30 Pg. mehr). Broppe

Verlag, München-Gauting 539.

Ein- u. Zweispänner

Lassuhren

übernommt noch

Gustav Starke,

Goethestr. 15. Telefon 454.

■ Alte Eisen, Metalle

oder Art kaufen noch d. O.

Zaunlatten,

Zaunriegel, Sichtstangen,

Zaumpfähle, Rosenpfähle

empfiehlt

Föllscher, am Schlachthof,

Fernsprecher 532.

Handwagen,

Treppenleiter,

Malerleiter,

Schaffelstiel, Dachstiele,

Wischekästen, Bäckerstie-

der, Kuchendekel empfiehlt

Föllscher, am Schlachthof,

Fernsprecher 532.

Schnertücher

Stück 105 Pg.

bezugscheinfrei, ohne Papier.

S. B. Thomas & Sohn.

Röderau, Waldschlößchen.

Sonntag, den 2. Februar, abends 1/2 Uhr:

Gastspiel des

I. Dresdner Operetten-Theaters

Direktor Eric Richard.

Aufführung der besten u. neuesten Operette:

Drei alte Schachteln.

Operette in 1 Vorspiel und 3 Akten

von H. Weber.

Sattler- und Tapezierer-Geschäft

meinen Söhnen übergeben habe.

Ich hoffe, daß meine werte Kundschaft das Vertrauen, welches sie mir schenkt, auch meinen Söhnen übertragen wird.

Otto Broschwitz

Sattlermeister.

Aus dem Felde zurück

habe ich in Gemeinschaft mit meinen Brüdern das Geschäft meines Vaters, des Sattlermeisters Otto Broschwitz in Glaubitz-Sageritz, am 1. Februar übernommen und werde es unter der Firma

Otto Broschwitz u. Söhne

Sattlermeister

wiederführen. Es wird unserem Gemüthe sein, unsre Kunden stets schnell, gut und reell zu bedienen.

Wir empfehlen uns hochachtungsvoll

Otto Broschwitz u. Söhne

Sattlermeister.

Unsre Spezialität: Kummets.

Richtung! Schlachtpferde!

sucht jederzeit zu kaufen. Bei Rothläden

findet sich Stelle. Beau Transports.

Albert Mohrhorn, Gröba.

Telefon Riesa Nr. 685.

Vereinsnachrichten

Wiese „Grüneau“. Sonntag, den 2. Februar, Turnmarsch nach Strelitz. Abmarsch 1/2 Uhr nach. Standort Kaiser-Wilhelmplatz. Abschreite Beteiligung erwünscht.

Öffentliche Schule, Seifhain u. Umgegend.

Sonntagnachmittag, abends 1/2 Uhr

Jahres-Hauptversammlung

im „Stern“. Neuwahlen usw. Um zahlreiches Erfreuen

dürfen der Gesamtvorstand.

Gasthof Gröba.

Theater der Stadt Riesa.

Sonnabend den 1. Februar

vom 1. Februar

Gastspiele:

W. Dettmer vom sächs. Landestheater in Dresden.

O. Jahn, Theaterdir. aus Leipzig (früher Hofth. Altenburg).

R. Hermann, Regisseur vom Operettentheater in Oppeln.

R. Friederich, Regisseur vom Volkstheater in Apolda.

Wächtige Uniformen! Militärdrama in 4 Aufzügen.

Zapfenstreich

von Adam Bechstein.

Nun, Bläse rechtzeitig bestellen im Theaterlokal.

Beliebte rechtzeitig bestellen. Viele Preise.

Sonntag keine Vorstellung.

Der Saal ist genug erwartet. Die Elektion.

Restaur. Wartburg.

Morgen Sonnabend, den 1. Februar

Satz-Wettspiel

Aufgang 1/2 Uhr, wozu freundlich einlädt H. Wiegler.

Gasthof Canitz.

Sonntag, den 2. Februar

große Ballmusik

Aufgang 6 Uhr. Dazu jung und alt freundlich ein. Gustav Everling.

Gasthof Jahnishausen.

Sonntagnachmittag, 1. Februar, von 6 Uhr an

Tanz-Kräńzchen.

Tanzlustige Damen und Herren sind herlich willkommen!

Der Festsaal ist freigegeben.

Gasthof „Königslinde“ Wülkniz.

Sonntag, den 2. Februar, keine

Ballmusik.

Dazu lädt freundlich ein C. Bobse.

Gasthof Mergendorf.

Sonntag, den 2. Februar

seine Ballmusik, Aufgang 4 Uhr.

Dazu lädt freundlich ein Paul Möller.

Gasthof Mergendorf

Sonntagnachmittag, den 1. Februar

Tanzkränzchen, Aufgang 6 Uhr.

Es laden freundlich ein die Veranstalter.

Gasthof Moritz.

Sonntagnachmittag, den 1. Februar

Jugendkränzchen

von Röderau und Umgegend.

Aufgang 6 Uhr.

Es laden freundlich ein die Veranstalter.

Gasthof Merzdorf.

Am Sonntag, den 2. Februar stattfindenden

Abschieds-Kräńzchen

des Gewerks 3. d. M.-U. Röderau lädt alle tanzlustigen

Freunde und Bekannte ein der Festsaal.

Aufgang 4 Uhr.

Handlungshelfer!

Privatangestellte!

Nur energische Vertreter aus eurem Stand retten euch

vor Hinrichten in das Proletariat. An erster Stelle der

deutsch-nationalen Liste im Leipziger Wahlkreis steht euer

Kollege

Groß,

während die Deutsche demokratische Partei zur Sächs. Volks-

kammer keinen eurer Vertrauensgenossen aufgestellt hat.

Wählt darum

deutsch-national!

Deutsch-nationale Volkspartei.

Vom Sozialist weiß jeder Mann,

Was man von ihm erwarten kann.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Verleger und Herausgeber: Wagner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Wissenschaft: Wilhelm Dittmar, Wien.

Nr. 25.

Freitag, 31. Januar 1919, abends.

72. Jahrg.

Sitzung des Zentralrates.

Aus Berlin wird gemeldet: Am 28. Januar nahm der Zentralrat einen Vortrag des Staatssekretärs Roth über den wirtschaftlichen Lage entgegen und beriet über den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt (Verfassungsentwurf). Am 29. Januar verabschiedete der Zentralrat eine Vorlage über Kündigung der Militärstrafgerichtsordnung und ein Gesetz über Schädlingsbekämpfung. Er beschloß ferner, über die Erziehung reaktionärer Beamten durch andere von sozialistischem Geist durchdrungene Persönlichkeiten mit den Volksbeauftragten Rücksprache zu nehmen. Die Sozialisierungsgesellschaft erhielt dem Zentralrat Bescheid. Es wurde festgestellt, daß die Kommission dauernd gegen große Widerstände anzutreten hat, deren Beteiligung der Zentralrat sie bestreitet. Außerdem wurde eine Fülle von Eingängen erledigt.

Die Verhandlungen der einzelstaatlichen Finanzminister.

Die am 28. d. M. in Weimar begonnenen Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern sind am 29. Januar fortgesetzt und zu Ende geführt worden. Sie haben eine völlige Übereinstimmung dahin ergeben, daß die Deckung der dringenden Bedürfnisse des Reiches allein Anderen vorangehen müsse, das aber in dem hierdurch gezeigten Rahmen den Einzelstaaten die zur Erfüllung ihrer wichtigen Kulturaufgaben notwendige finanzielle Bewegungsfreiheit zu erhalten sei. Unter diesen Gesichtspunkten wurde das gesamte Gebiet der Finanzen in seiner Bedeutung für Reich, Staat und Gemeinde einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die vertrauliche und unverbindliche Aussprache war so reich an Ausführungen und Anregungen, daß von den Teilnehmern der Bunde nach häufiger Wiederholung solcher Veranstaltungen sehr lebhaft gedankt wurde. Das Reichsschauamt sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Ein neuer Kampf um das Religionsystem?

Heute erhebt sich abermals die Frage, ob das deutsche Volk dauernd sozialistisch von den Arbeiter- und Soldatenräten, aber demokratisch von einer aus allen Volkskreisen zusammengesetzten Zentralgewalt regiert werden soll. Ein Erlass des preußischen Kriegsministers Reinhardt, der die politische Macht der Soldatenräte zu beschränken und den Offizieren wieder eine geordnete Verfassungswelt zu schaffen versuchte, hat den Anlaß zu umfangreichen Agita-

tionen gegen die Wiederherstellung geordneter Regierungsgewalt geboten. Berichte aus zahlreichen Städten melden heftigen Widerstand und drohende Revolte der Arbeiter- und Soldatenräte gegen die neue Verordnung und richten sich ganz offensichtlich gegen die Regierung Ebert-Schleicher. Man erwägt den Gedanken der Gründung einer neuen Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte und hat für den 31. Januar eine dekorative Versammlung bereits für Großberlin festgelegt. Wenn alle diese Bestrebungen tatsächlich eine Mehrheit finden sollten, so wird es schwere Konflikte zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und der deutschen Nationalversammlung unvermeidbar. Der Berliner Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der ihre Vertretung für ganz Deutschland darstellen soll, hat sich seither in dieser wichtigen Frage sehr zurückhaltend gezeigt. Jetzt nimmt nun in zweiter Stunde das Organ der Mehrheitssozialdemokraten, der „Vorwärts“, entschlossene Stellung gegen die Wiederherstellung der Arbeiter- und Soldatenräte und für das demokratische Regierungssystem. Es sucht den Soldatenräten klarzumachen, daß nach Wiederherstellung geistiger Zustände durch die Nationalversammlung ihre Wirklichkeit hin ausreichend auf die wirtschaftlichen Interessen der Soldaten beschränkt müsse, wenn überhaupt noch Raum für ihre Verstärkung bleibt. Die Arbeiterräte dagegen hätten wohl auch späterhin eine begründete Daseinsberechtigung in der Beaufsichtigung und Sozialisierung der Betriebe, mißten aber gleichfalls auf die politische Macht verzichten und sich im engen Anschluß an die Gewerkschaften rein wirtschaftlich auszeln.

Volksbeauftragter Rosse über Soldatenräte und Kommandogewalt. Die Soldatenräte der Groß-Berliner Truppenteile traten am Montag nachmittag im Abgeordnetenhaus zu einer Versammlung zusammen, um an der Verordnung über die Neuordnung der Kommandogewalt und die Aufgaben der Soldatenräte Stellung zu nehmen. Von besonderem Interesse waren dabei Ausführungen des Volksbeauftragten und Oberbefehlshabers von Berlin Rosse, der — wiederholt unterbrochen und mit Zwischenrufen dominiert — nebenbei mancherlei von den Tätigkeiten der Soldatenräte erzählte. Er äußerte Berliner Plättern zufolge u. a.: Die Verordnung über die Neuordnung der Kommandogewalt ist allerdings etwas lang geraten und nach keiner Seite hin voll befriedigend. Sie fehlt daher auch nur ein Provisorium dar, wie denn überhaupt in dieser Zeit, die einen politischen und wirtschaftlichen Göringsprozeß dar-

stellt, auf vielen Gebieten nur provisorische Lösungen getroffen werden können, die keine dauernden Einrichtungen bleiben sollen. Gewiß sind die Soldatenräte Träger der Revolution, aber die große Masse unseres Volkes und auch viele Soldatenräte sind sich völlig darüber klar, daß das System der Soldatenräte, wie es in den ersten Revolutionstage geöffnet worden ist, nicht eine dauernde Einrichtung bleibend kann. Die Soldatenräte sollen und dürfen zwar nicht ganz verschwinden, sie dürfen aber nicht auch noch dann eine politische Macht ausüben, nachdem die Nationalversammlung eine verfassungsmäßige Regierung eingesetzt hat. Das in Aushand erträglich erscheint, muß in Deutschland zu völlem Zusammenschluß führen. Was die Abseitsfrage betrifft, so handelt es sich hier nur um eine reine „Schneidefrage“. Viele glauben nach Abschaffung der alten Nonnenabzeichen auch das alte System bestätigt zu haben. Wir wissen nicht, welche Arme Deutschland nach dem Frieden haben wird. (Aurum: Darf!) Aber ein so proktes Gemeinwesen muß eine gewisse organisierte Macht besitzen, und diejenigen Parteien, die dabei die Führung haben, müssen auf irgendeine Weise genugendes sein. Schaffen wir die Symbole der alten Macht ab, so müssen wieder neue dafür eingesetzt werden. Es geht nicht an, daß man die gesamten Offiziere, die sich uns zur Verfügung gestellt haben, als „ehrliche Kerle“ hinstellt. Sie arbeiten heute ganz in unserem Sinne und haben nicht den geringsten Wunsch nach einer Konterrevolution. In einer Anzahl von Häusern steht aber fest, daß die Soldatenräte eine recht geringe Macht von Autorität bei den Truppen besitzen. Oft haben sie diese Autorität binnen einer halben Stunde verloren, weil sie ihren Unterkünften nicht die Schnapsflaschen stellen lassen wollten. Deshalb muß über den Soldatenräten als Kontrolle immer die Regierung stehen. Es gibt in Deutschland nur eine Gefahr der Gegenrevolution: die besteht in dem unorganisierten Durchmischer der letzten Wochen, daß, wenn es nur noch einen Monat hindurch andauert, und zu chaotischen Zuständen, zu Unruhen und Rot führen muß. (Aurum: Das kommt sowieso!) Also Sie wollen die Karre einfach loslassen? Nein, das darf nicht geschehen, wir müssen und werden alles tun, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Dazu bedarf es natürlich eines baldigen Friedens, und dazu wieder bedarf es vor allem einer gesetzlichen Regierung. Der Unterstaatssekretär Göhrde betonte, wo tatsächlich etwas geleistet werden soll, dürfe nur von einer Person der Befehl gegeben werden. Sonst würde die Truppe zu einer Hammelherde degradiert. — Die Versammlung beschloß die Einführung einer Kommission, die gemeinsam mit Vertretern der einzelnen Armeekorps Änderungsvorschläge zu der Verordnung über die neu-

Wähler! Wählerinnen!

Die am 2. Februar zu wählende Sächs. Volkskammer hat sich mit den wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiete der materiellen und geistigen Kultur zu beschäftigen. Die Wahl hat deshalb für unser eingeresenes Vaterland mindestens die gleiche Bedeutung wie die vergangene Wahl zur Nationalversammlung für das Deutsche Reich, und es gilt für das Bürgertum, alle Kräfte anzuspannen und geschlossen zur Wahlurne zu gehen, doch es nicht zu einer sozialdemokratischen Mehrheit kommt. Insbesondere ist die Volkskammer außändig die Trennung von Staat und Kirche und die Gestaltung des Religionsunterrichts in der Schule. Wer es will, daß die Trennung in kirchenfreundlichem Sinne vor sich geht und unserer Schule der konfessionelle Religionsunterricht erhalten bleibt, der gebe seine Stimme ab für eine der unterzeichneten Parteien, die auch für diese Wahl wieder ihre Listen verbunden haben.

Deutschnationalen Volkspartei (Liste Wagner) — Deutsche Volkspartei (Liste Blüher)
Zentrum (christliche Volkspartei) (Liste Hille).

Handwerker und Gewerbetreibende!

Männer des werkältigen Mittelstandes in Stadt und Land! Wenn Ihr zurückkehrt an die Stimmzettel der verschiedenen Parteien zur Nationalwahl, so werdet Ihr vergeblich nach einem Manne aus der Werkstatt gefucht haben. Einzig und allein die deutsch-nationalen Volkspartei

war es, die an wirklich ansichtsreiche Stelle Handwerker gesetzt hatte. Ihr gelang es deshalb auch

in Dresden Gläsermeister Wezlich,
in Chemnitz Bäckermeister Biener

durchzubringen. Handwerker! Gewerbetreibende! Männer der praktischen Arbeit! Wenn Ihr wollt, daß auch in der sächsischen Volkskammer praktische Gesichtspunkte maßgebend sein sollen, so gebt am 2. Februar den Stimmzettel der

deutschnationalen Volkspartei

ab, der mit den Namen beginnt:

Wagner, Hofmann, Schmidt.

Wir weisen an dieser Stelle nochmals auf unsere

öffentliche Wählerversammlung

am Sonnabend, den 1. Februar, abends 8 Uhr im Saale des Hotel „Stern“ hin, in der

Herr Gläsermeister Wezlich, Dresden, Abgeordneter für die Nationalversammlung,

über die „Aufgaben des sächsischen Volkshauses“ sprechen wird. — Der Saal ist gut geheizt.

Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Deutschnationalen Volkspartei Ortsgruppe Riesa und Umg.

Wähler und Wählerinnen!

Aus dem Artikel „Listenverbindung“ der deutschen demokratischen Partei geht hervor, daß diese Partei auch für die sächsischen Volkskammerwahlen ein Zusammengehen mit den übrigen bürgerlichen Parteien ablehnt, obgleich in Sachsen die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit noch wesentlich größer ist, als bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Diese Stellungnahme ist um so eigenartiger, als die demokratische Partei gerade im sächsischen Bezirk das Recht für sich in Anspruch nahm, als einzige bürgerliche Partei den Wahlkampf zu führen und den rechtsstehenden Kreisen es geradezu übel nahm, daß sie ihre Anhänger nicht ins radikal-freikirchliche Lager kommandierten.

Hedenfalls kann die demokratische Partei nun mehr nicht mehr als eine zuverlässige bürgerliche Partei gelten, und das austretende Bürgertum wird sich von diesem Zwittergebilde zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie abwenden müssen, wenn es nicht von den roten Hütten überwältigt werden will.

Die Beschuldigungen über den Ausgang des Weltkrieges gegen die frühere konservative Partei können der Geschichte überlassen werden. Diese mag und wird Aufklärung darüber bringen, wer den Zusammenbruch unseres unglücklichen Vaterlandes herbeiführte. Jedenfalls wird dieses Urteil aber sehr zu Ungunsten jener radikal-freikirchlichen Kreise ausfallen, die die Väter der Deutschen demokratischen Partei sind. Die systematische Wühlarbeit der Linksparteien, die innere Front zu zerstören, die fortwährende Verbreitung des Arzneiwissens, wie könnten jederzeit einen „Verständigungsfrieden“ schließen, das zur Revolution und zur vollständigen Wehrlosmachung unseres Vaterlandes geführt. Wie dieser Verständigungsfrieden aussieht, dies dürfte wohl auch dem Blödenstein in den letzten Monaten klar geworden sein. Dem Publikum mag das Urteil darüber überlassen werden, von welcher Partei der Wahlkampf in anständiger Form geführt worden ist: die deutschnationalen Volkspartei wird auch hierbei sicher nicht schlecht abschneiden.

Dem aufrichtigen Patrioten, der auch in dieser trübsamen Zeit deutscher Geschichte noch nicht an der deutschen Zukunft verzweift, dem aufrichtigen Bürger rufen wir aber zu:

„Wählt deutschnational! Wählt Liste Wagner!“

Wählt am 2. Febr. nur deutsch-demokratische Liste „Kraft“.

Beamte und Sozialdemokratie.

Am 3. 12. 18 hatte im Auftrage seines Verbandes ein Justizbeamter in Berlin im Abgeordnetenhaus in Gegenwart des Minister Ströbel und Hirsch mit dem damaligen Mitglied des Volksrates Strobel eine Unterredung. Dabei erklärte Strobel:

Die Anstellung der Beamten auf Lebenszeit, Ruhegehalt und Hinterblebenen-Vorsorge werden wohl bald der Vergangenheit angehören.

Am 24. 1. 19 fand in Berlin eine sozialdemokratische Versammlung mit dem Minister Hirsch als Redner statt. Die Deutschnationalen Volkspartei hatte der Leitung der Versammlung eine schriftliche Anfrage überreicht, worin sie daran hinzwies, daß der Staat seinen verheiraten Unterkämlen bei Lokalbehörden weniger Mittel zum Lebensunterhalt gewähre als den Arbeitslosen durch Unterstützung, daß auch das Einkommen der mittleren Beamten weit unter dem Einkommen der Arbeiter in Staat- und Privatbetrieben bleibe. Die sozialdemokratische Partei wurde zur Stellungnahme aufgefordert. In den Referaten wurde nur Aufrechterhaltung der Pensionsansprüche zugelegt. Zu den übrigen Punkten war eine Erklärung nicht zu erlangen. Eine Debatte hierüber wurde verhindert.

Bereits jetzt machen sich Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte ohne jede Vorbildung an, die erprobten, gründlich vorgebildeten, pflichtgetreuen Beamten zu kontrollieren oder gar zu erheben.

Die Beamenschaft soll mit aufzugeben in der allgemeinen Lohnarbeiterchaft.

Beamte, keine Stimme der Sozialdemokratie, die eurem Stande das Grab schaufelt! Ihr habt Teil an der Autorität des Staates. Wählt die Liste der Partei, die stets die Autorität des Staates am meisten geschützt hat.

Wählt Deutschnational! Wählt die Liste

Dr. Wagner!

F. C. Wettin 1909.

Sonntag nachmittag 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung

im Restaurant zur Burg.

Alle aus dem Heide heimgekehrten Mitglieder sind herzlich eingeladen.

zusammen mit Kommandogewalt anderseits und der anderen Seite unterteilen soll.

Die eine neuere Meldung aus Berlin besagt, daß die Kommission sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Stellvertreter der Bevölkerung über die Kommandogewalt nicht nur dem Kongress beschlossenen sieben Hamburgs bewilligen entspricht. Die Kommission hat beschlossen, eine Reaktionierung des Soldatenrates sämtlicher Armees nach Berlin einzuberufen, um endgültig zu dieser Bevölkerungsfrage zu kommen. Der Zentralrat und das Kriegsministerium haben sich mit der Einberufung des Konvents einverstanden erklärt. Zum Glück wurde mit großer Weisheit die Resolution der Unabhängigkeitsangemessen, die energetisch gegen die Verfügung über die Neuordnung der Kommandogewalt protestiert.

Sur Page.

Die "Morning Post" und Kaiser's Sicherheit. Die "Morning Post" schreibt zu den Geburtsstagskünsten des Deutschen Tagesschreibens für den Deutschen Kaiser: „Wir haben wiederholt eingewandt, daß kein Seelen irgend einer Rendierung in Deutschland außer dem Rahmen und der Form ansehen ist, und daß der deutsche Kaiser sich noch immer nach allen den leuchtenden Wahlen und dem Kaiser repräsentiere. Jetzt wissen wir ihn sicher. Die Staatsräte, die hier anwanden, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, werden gut tun, die Erklärung „Wir halten fest an den Hohenplätzen“ in Betracht zu ziehen. Wenn Wilson noch eines Beweises bedarf, dann hat er ihn hier. Man lasse den Kaiser zu seinen eigenen Deutens zurückkehren, damit dort das Urteil über ihn gefällt werde. Nach der Art, wie diese Aufgabe durchgeführt wird, werde die Welt ein Urteil über das wahre Deutschland, mit dem in Zukunft zu rechnen ist, fällen können. Wir werden dann hoffen, ob die „Tagesschreibung“ nur im Namen der Nationalliberalen oder im Namen eines größeren Publikums spricht, das zur Zeit vorgibt, seine unerschütterliche Treue dem Kaiser und Reich zu verbürgern. Hierzu wird von zuhörenden Stellen erkläre: Die „Morning Post“ will nicht wissen, daß die „Deutsche Tagesschreibung“ noch mehr als das Recht gehabt hat, irgend welche Erklärungen oder Kundgebungen im Namen des deutschen Volkes zu veröffentlichen. Die „Deutsche Tagesschreibung“ ist das Organ der berücksichtigten Kriegsbesetzung und Aldeutens. Das deutsche Volk, das von jeder und ganz besonders auch während des Krieges diesen unbefriedigten Charakter seines Willens fühlbar macht, hat es nicht, nötig, sich dagegen zu verteidigen, da es den Privatverträgen der Herren um Reventlow und Stresemann fast absolement gegenübersteht. Da aber die „Morning Post“ gewiß Verständnis für die politische Freiheit und Pressefreiheit im besonderen haben wird, dürfte sie zugeben, daß es kaum ein Mittel gibt, die „Deutsche Tagesschreibung“ zu verhindern, mit der Times und anderen Tagesblättern in politischen Verhältnissen zu konkurrieren.“

Die internationale Sozialistkonferenz. Der Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ für Arbeiterschreiber schreibt zu den bevorstehenden internationalen sozialistischen Arbeiterschreibern u. a.: Alle britischen und amerikanischen Delegierten haben sich verpflichtet, die vollzähnigen Beschlüsse der in London im September abgehaltenen internationalen Konferenz zu unterstützen. Sie sehen in dem Völkerbund eine Schaffung von größter Bedeutung und einen Bund sowohl der Arbeiter als der Wiegnerungen. Sie stimmen im allgemeinen in ihren sozialistischen Vorschlägen überein, wie zum Beispiel dauerhafte Arbeitszeit, Mindestlohn, Einführung der Kinderarbeit und Verbesserung des Abstandes. Aus Bern wird gemeldet: Branting, der bisher die Sitzungen der internationalen Sozialistkonferenz leitete, hat über die letzten Sitzungen u. a. folgende Mitteilungen gemacht: Die bisher angekommenen Delegierten haben die vorbereiteten Sitzungen Dienstag und Mittwoch fortgesetzt. Die Sitzung am Dienstag wohnten u. a. die Vertreter der deutschen sozialistischen Arbeiterspartei Molkenbrück, Hermann Müller und Wels, der Vertreter der Unabhängigen Partei, die Vertreter der Generalunion der französischen Gewerkschaften Jouhaux und Desmontin bei. Im Laufe der Sitzung stellte Jouhaux fest, daß eine Besprechung des Schulfrage unvermeidlich sein werde. Bei dieser Besprechung, bei der einzig der Hundmanns zugestimmt wurde, beteiligten sich außer diesem Branting, Hermann Müller, Wels, Rauchfuß, Eisenbogen und Grumbach. Infolge einer Intervention des lettischen Delegierten erklärte Hermann Müller, daß, wenn überhaupt heute noch deutsche Truppen in Lettland wären, dies darauf zurückzuführen sei, daß das der einzige Rückzugsweg der noch in der Ukraine stehenden deutschen Truppen nach der Heimat sei. Deutschland diente nicht daran, Aufmarsch auf irgendwelche lettischen Gebiete zu erheben. Nur eifriges Interesse bemerkte Grumbach, daß er hierzu in der Bezeichnung eine Erklärung abzugeben habe, daß er jedoch den Zusammenhang dieser Frage mit der des Saargebietes und des linken Rheinufers anerkenne. Darauf erwiderte, sieht Wels hierin verdeckte Fragen, und daß das Saargebiet und das linke Rheinufer als Bestandteil des deutschen Staates unbedingt zu betrachten seien. Zum Schluß der Sitzung bemerkten Branting, Duischman und Müller, daß es notwendig sein werde, daß im Rahmen der internationalen Konferenz die Frage des Völkerbundes und die der Union gegen die Pöller, die sie nicht folgen wollen, behandelt werden müssen.

Die Einziehung von Graubünden. Wie mehrere Berliner Tagesblätter melden, ist der Gesetzentwurf über die Einziehung von Graubünden jetzt fertiggestellt. Der Entwurf wird demnächst veröffentlicht werden.

Die polnische und tschechoslowakische Frage. Davon meldet aus Paris: Der Vertreterstaatshof der Großmächte stellt zwei Szenarien ab, die die polnisch- und tschechoslowakische Frage gewidmet waren. Der polnische Delegierte, Demonty, erklärte, daß er Mangel an Munition und Material als den Hauptfaktoren betrachte. Polen müsse ein freies Verhandlungsrecht über die Eisenbahnlinie Danzig-Thorn erhalten. Zu den Gebietsansprüchen Polens übergehend, sagte er, daß Polen das Gebiet vor der Teilung wiederzuerlangen wünsche, die Provinz Polen-Thorn einzubeziehen. Außerdem wünsche es einen freien Zugang zum Meer über Danzig, der zur Sicherstellung der Verkehrstrasse von einem Gebietsschiffen geführt sein müsse. Bénes lehnte den tschechoslowakischen Geschäftspunkt über die Zwischenfälle ausdrücklich ableinander, die zu dem Zusammenstoß der tschechoslowakischen und polnischen Streitkräfte an den böhmischen und schlesischen Grenzen führten. Der Konferenzausschuß erklärte es für wichtig, daß diese Vorgänge aufzuklären, und holt zu diesem Zweck eine Belebung der Zone durch alliierte Truppenteile vor. Die Frage, wenn endgültig das tschechische Industriegebiet aufzulösen sei, wurde nicht angesprochen, ebenso wenig wie von Polen aufgeworfene Gebietsträge. Die Friedenskonferenz werde in dem Streite der beiden Parteien einschreiten, die erklärten, daß sie im voraus mit dem Urteil einverstanden seien. Die polnisch-tschechischen Grenzabschneidungen sind als nur beigeklagt.

Beschlüsse des Budapester Arbeiterrates. Aus Budapest wird gemeldet: Der Arbeiterrat hielt am Dienstag abend eine Sitzung ab, in der folgenderartig angemessen wurde: 1. Die Anhänger der Kommunistenpartei werden aus dem Arbeiterratsschiffen Partei ausgeschlossen und, wenn sie

die Sitzung öffnen, auch auf den Gewerkschaften. Dem Arbeiterrat können sie nicht angehören. 2. Die Regierung möge mit energischen Mitteln gegen die revolutionären Verschwörungen auftreten und die Führer der Gegenrevolution und alle Schuldigen des alten Reichs mit unbedingter Schenkungsfreiheit vor Gericht stellen. 3. Die Regierung möge auch den Wehrmachts, Reichsbahndienst und Warenvertrieb gegenwärtige die Monopolistischen Mittel ausspielen.

Die Regierung entließ Truppen nach Bremen. Aus Berlin wird gemeldet: Die Reichsregierung hat sich prompt entschieden, zur Wiederherstellung sozialer Ruhe in Bremen eine Truppenabteilung dorthin zu entsenden. Die ersten Truppenteile sind bereits bei Bremen eingetroffen. Die Siedlung der für soziale Zwecke bereit gestellten Truppen erhält sofort das herbeinkommende von Gewerkschaften keine Genehmigung.

Von der Öffentl. Künftig wird aus Bromberg gemeldet: Am 20. Januar wurden Grünthal, Wunsiedel, Jägersburg und Groß-Sommerfeld von unseren Truppen genommen. Einzel Waffenengewehre, Gewehre und Munition wurden eingezogen.

Die sozialistische Regierung Wittenbergs Meist im Amt. Aus Stuttgart wird gemeldet: Die verfassunggebende Landesversammlung hat in ihrer letzten Sitzung mit 109 gegen 24 Stimmen den Antrag der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, wonach die vorläufige Regierung, die ihre Macht zur Verfügung gestellt hatte, beauftragt wird, die Gewalt weiterzuführen.

Die sozialistische Regierung Wittenbergs Meist im Amt. Aus Stuttgart wird gemeldet: Die verfassunggebende Landesversammlung hat in ihrer letzten Sitzung mit 109 gegen 24 Stimmen den Antrag der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen, wonach die vorläufige Regierung, die ihre Macht zur Verfügung gestellt hatte, beauftragt wird, die Gewalt weiterzuführen.

Die Demobilisierung in Frankreich. Die französische Kammer erörterte am Dienstag die Interpellation über schnellere Demobilisierung. Nach der Aussprache wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Kammer die Regierung auffordert, die notwendigen Urlaube, die für das wirtschaftliche, kommerzielle und industrielle Leben erforderlich seien, zu genehmigen. Die Regierung möge genaue Regeln aufstellen und sie der Militärbehörde aufzwingen. Diese Tagesordnung wurde mit 424 gegen 55 Stimmen angenommen. Am Schluß der Sitzung brachte Renard einen Antrag ein, in Frankreich möge der Abstundentag und die englische Arbeitswoche eingeführt werden.

Der Völkerbund unter den griechischen Soldaten. Davon wieder aus Paris: Dem „Matin“ zufolge wurden bei griechischen Offizieren und Soldaten zahlreiche Völkerbund-Monarchie befürwortet. Die Regierung lädt diese Truppen mit besonderer Sorgfahrt überwachen.

Gibau nicht gekumt. Die Nachricht von der Räumung Gibaus bestätigt sich nach Meldung des Gouvernements Blaau nicht.

Die Beschränkungen über die Kommandogewalt. Die „Freiheit“ veröffentlichte ein Telegramm aus Hamburg, die Reichsregierung habe die Beschränkungen des Kriegsministers über die Kommandogewalt und die Soldatenräte für den Bereich des 9. Armeekorps aufgehoben. Diese Meldung ist erfunden. Bei einer Besprechung mit Mitgliedern des Zentralrates beim 9. Armeekorps hat Staatssekretär Rosse die Frage nach Aufhebung der Beschränkungen mit einem logistischen Nein beantwortet. Richtig ist lediglich, daß der Alliierten Soldatenrat ebenso wie andere Soldatenräte Anordnungen der Regierung und des Zentralrates nicht ablehnen wollen. Die Regierung wird, falls diese Regierung fortsetzen sollte, mit allem Nachdruck auf Ungehorsam ihrer Anordnungen zu befehlen wissen.

Die deutsch-österreichische Frage. Staatssekretär Dr. Bauer lagt in einer Wahlversammlung, Deutsch-Österreich sei ein Pottau, der allein nicht befreien könne. Er verwies auf die volkswirtschaftlichen Gefahren, die aus dem Anschluß drohten. In vielen Dingen müsste sich Österreich daran ergeben, so in der Währungsfrage. Zweckmäßig wäre es, zwischen Deutsch-Österreich und Deutschland neue Zölle zu schaffen. Je reicher die Scheidung zwischen den Wirtschaftsstaaten sein werde, desto bessere Freunde würden sie sein.

Strahlkämpfe in Batarech. Die „Basler Nachrichten“ melden aus Batarech: In Rumänien ist ein großer Aufstand ausgebrochen. Obwohl in der Provinz als auch in der Hauptstadt sanden mehrere Räume fest. In Batarech waren den ganzen letzten Sonntag über sehr heftige Strahlkämpfe im Gange. Es gab 40 Tote. Soldaten schossen mit Maschinengewehren auf die Ausständigen. Soldaten gingen auf die Seite der Revolutionäre über.

Möglichkeit mit den Polen verhandelt werden soll. Gegenstand der in Russland befindenden Verhandlungen mit den Polen ist, wie der Berliner Mitarbeiter der „Königlichen Volkszeitung“ erklärte, u. a. auch die Frage der Herausgabe von Waffenmaterial und Motorwagen, die beim Abzug der deutschen Truppen den Polen in die Hände fielen. In Polen befindet sich fast ebensoviel russisches Material, das deutsches Eigentum ist, als wie die Deutschen an den Verbund abgeben müssten. Von dem günstigsten Ausgang der Verhandlungen wird es abhängen, ob eine erhebliche Besserung unserer Verhältnisse eintrete.

Östliche Kreisgefangene, die von Deutschland und Österreich über die Donau oder über Lemberg zurückgeföhrt werden, wie das Internationale Komitee Kreuz in Genf in einer offiziellen Mitteilung feststellt, unterwegs vom Polen und Ukraine mit Maschinengewehren bewaffnet werden.

Die Antrittsankündigung der französischen Handelskammern. Eine Pariser Konferenz der Vorstehenden der französischen Handelskammern, der auch die elsass-lothringischen Handelskammerpräsidenten beinhaltet, nahm einstimmig eine Entschließung an, daß Frankreich die Handelsfreiheit wiederherstellen, jedoch dabei die Aufrechterhaltung der Blockade berücksichtigen solle. Verlangt werden die Begünstigungen des französisch-englischen Austauschs durch Völkerleichterungen und Einführung eines Aufschlages auf alle aus Deutschland an die Entstehländer eingeführten Erzeugnisse. Das linke Rheinufer soll zum Schutz Frankreichs gegen neue Angriffe in einen selbständigen Staat umgewandelt werden, der durch wirtschaftliche Verträge mit Westeuropa verbunden sei und bis zur Erfüllung der Friedensbedingungen möge das linksrheinische Gebiet, das als mitverantwortlich am Kriege geübt, militärisch belegt bleiben. Nach der Befreiung solle das Land unter französischem Protektorat stehen, oder, falls die Bevölkerung es wolle, an Frankreich oder Belgien angegliedert werden. Sandau und das Saargebiet fallen an Elsass-Lothringen fallen.

Die Missionen der Alliierten auf die deutschen Kolonien. Offizielle Weisungen aus Paris in der ausländischen Presse über die Absichten der Alliierten auf die deutschen Kolonien keinerlei amtlichen Charakter haben, so lassen sie doch, wie die „Deutsche Allg. Zeitung“ hervorhebt, mit einiger Gewissheit darauf schließen, daß bei den führenden britischen und französischen Staatsmännern die Absicht besteht, eine Wiedereinführung Deutschlands in seine kolonialen Rechte zu verhindern. Demgegenüber muß die deutsche Reichsregierung darauf hinweisen, daß die Missionen der Vorstände zur Regelung der Kolonialfragen auch von den Alliierten ohne Einschränkung angenommen werden seien. Für Deutschland Ausführungsformalität liege, wie es weiter heißt, keinerlei Grund vor. Die Behauptung, Deutschland könne keinen Kolonialbesitz zu U-Boot-Stationen und Flottenstützpunkten benötigen, entbehre jeder Begründung. Die Befreiung

ausländischer Missionen, daß auch Wilson den Vorschlägen der Alliierten zugestimmt habe, könne nicht den Tatlichen entsprechen. Es sei nicht auszunehmen, daß Wilson seine eigenen Grundsätze vertrage.

Das japanische Friedensprogramm. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß das japanische Kabinett sich mit dem vom früheren Premierminister Marquis Okuma formulierten Friedensprogramm einverstanden erkläre, das nun Punkte umfaßt. Der erste betrifft Westeuropa, den Balkan und die ostasiatischen Kolonien. Japan schließt sich eng den Auflösungen Englands, Frankreichs und Amerikas an, ebenso hinsichtlich des zweiten Punktes, der Deutschland und Russland betrifft. Beim 3. Punkt überläßt Japan die Entscheidung der Konferenz hinsichtlich der Frage der Entschädigungen und Wiedergutmachungen. Nach dem vierten Punkte wird das Schätz von Samoa im Einverständnis mit England und den Vereinigten Staaten in der Weise geregelt werden, daß es keine deutsche Basis im Stillen Ozean geben darf. Punkt fünf spricht Neuguinea, Australien und Südostindien der Kontrolle Japans unterstellt werden. Punkt 7 spricht Tsingtau, den Hafen von Kiautschou, die Südseeinseln sowie die Eisenbahn von Nanking Japans zu, da Deutschland sie regelrecht erworben habe. Hinsichtlich der Übernahme in Südkorea würde sich Japan gemäß Punkt 8 mit den Alliierten ins Einverständnis setzen. Keine Macht darf die Südkönigreiche in diesem Gebiete wählen. Punkt 9 fordert hauptsächlich die Beibehaltung der Politik der offenen Tür in China, da Japan an der Aufrechterhaltung des Friedens im fernsten Osten interessiert sei.

Die Demobilisierung in England. Reuter erläutert, daß ein neuer Armeebefehl ausgesetzt wurde, wonach über 25 000 Mann täglich demobilisiert werden sollen. Die Entlassung erfolgt nach Jahren. Man hofft, mindestens alle Männer über 35 Jahre entlassen zu können. Während der nächsten 8 oder 9 Monate bleibt jedoch eine Armee von 200 000 Mann erforderlich. General v. Winterfeldt beharrt auf seiner Auffassung. In einem an Staatssekretär Erzberger gerichteten Telegramm erklärte General v. Winterfeldt, daß er nach teilweise Erkrankung und nach eingehendem Beratung bei seinem militärischen Vorgesetzten an dem Entschluß, keine Übernahme aus der Waffenstillstandskommission in Spanien zu bitten, bestellt ist. Die Art der Durchführung des Waffenstillstandes durch die Alliierten hat es ihm unmöglich gemacht, seine Taktiken fortzuführen. Gegenüber den Briten, als sei der Grund seines Rücktritts in einem Vertrags mit zwischen Erzberger und ihm zu suchen, bestellt er mit aufrichtigem Danke, daß er bei Erzberger bestetzt nur Beratern und volles Entgegenkommen gefunden habe. Doroshkin antwortete Staatssekretär Erzberger telegraphisch, daß er kein aufrichtiges Vertrauen über den von General v. Winterfeldt festgehaltenen Entschluß ausbringe. Erzberger würdigte General v. Winterfeldts Gründe vollkommen. Es sei ihm, Erzberger, eine angenehme Pflicht, im Auftrage der Regierung den warmsten Dank auszusprechen. Eine spätere Zeit werde General von Winterfeldt vaterländisches und ritterliches Verhalten noch klarer herausstellen lassen, als die heutigen Tage der Unruhe und Unordnung. Erzberger werde das vertraulichen Gespräch mit ihm stets in dankbarer Erinnerung bewahren.

Brenntorf
in kleinen Posten hat abzugeben
Oscar Gantusch.

Brikettausgabe
Stadt und Land
Samstagabend, den 1. Februar, auf Postnummern Dezember und Januar 1-100.
M. Gantusch.

Ruhrholz=Versteigerung
im Haizerer Revier — im Mühlenteich
Montag, den 3. Februar v. d. vorm. 11.10 Uhr:
ca. 27 Eichen, 6-15 m lang, 18-38 cm stark
• 20 Eichen, 6-9 " 18-39
• 45 Birken, 8-17 " 18-35
• 4 Pappeln, 10-18 " 28-64
57 dicke Buchenstämmen.
Horchau, 28. 1. 19.

Schlacht-Pferde
kauf jederzeit
Otto Gundersmann, Rohrländer, Miesa. — Telefon 273.

Selbstkäufer sucht bald oder später mögl. in Sachsen gut gehendes.

Arbeiter
sucht W. Jäger, Marktstr. 8.

Ein Einheitsmantel
gea. gute Bezahlg. s. Kauf. a. 1. 1211 an das Tageblatt Niela erb.

Ein älterer Flügel
ist zu verkaufen im Gathhof Gladewitz.
Guterhalter

Herrenpelz;
wird zu kaufen gesucht.
Oskar Stein, Goethestr. 40.

1 H. Phynamo, 1 Sitzer,
1 gebr. Kinderwagen
zu verkaufen
Groba, Kirchstr. 12.

Ein schon gebrauchter in gutem Zustand befindlicher Kachetaufzettel.

Wohnhaus
mit Seitengebäude nebst Garten und Feld zu verkaufen.
Offeren unter B P 1327 an das Tageblatt Niela erb.

Kaufe Schäferhunde,
Dobermann, Schäferhunde,
H. Stubenhunde, bis 3 Jahre,
Rauhkö. Ziegen,
Alte Preise,
Schäffl. Berlin, Wallstraße, 25.

Einen Gänserich
zur Sicht hat abzugeben
Niederrhein, Düsseldorf, 23.